

DStGB

Zukunftsradar Digitale Kommune 2022

[25.07.2022] Trotz Pandemieschub bleibt die Digitalisierung in den Städten und Gemeinden hierzulande eine Dauerbaustelle. Das ist ein Ergebnis des Zukunftsradars Digitale Kommune 2022, das der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) in Zusammenarbeit mit dem Institut für Innovation und Technik (iit) erstellt hat. Mehr als 900 Kommunen haben teilgenommen.

Ende Juni hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) das Zukunftsradar Digitale Kommune 2022 veröffentlicht. Wie der kommunale Spitzenverband mitteilt, haben mehr als 900 Städte und Gemeinden an der Untersuchung teilgenommen. Es ist die dritte Ausgabe der Studie, die in Kooperation mit dem Institut für Innovation und Technik (iit) erstellt worden ist. „Die Digitalisierung in Städten und Gemeinden macht zwar Fortschritte“, stellt DStGB-Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg eines der Ergebnisse vor. „Insbesondere der Wille, digitale Instrumente zu nutzen ist heute viel ausgeprägter. Allerdings bleiben noch große Hürden bei der Bereitstellung, Anwendung und Finanzierung digitaler Lösungen.“

Laut DStGB geben mehr als 60 Prozent der untersuchten Kommunen an, im vergangenen Jahr Fortschritte bei der Digitalisierung gemacht zu haben. Gleichzeitig schätzen rund ein Fünftel der Städte und Gemeinden den Stand der Digitalisierung als gut oder sehr gut ein. Den größten Handlungsbedarf sehen 75 Prozent weiterhin bei der Digitalisierung der eigenen Verwaltung. „Dies macht deutlich, dass gerade die digitale Verwaltung eine Dauerbaustelle ist“, sagt Landsberg. „Klar ist, dass es sich dabei um eine komplexe Herausforderung handelt, die deutlich über die Ideen des Onlinezugangsgesetzes hinausgeht. Echte Verwaltungsdigitalisierung bedeutet, Abläufe und Prozesse mit digitaler Technik neu aufzustellen und auch in den Köpfen der Mitarbeitenden und Nutzer ein entsprechendes Mindset zu etablieren. Das ist alles andere als einfach.“

Digitalstrategien in die Fläche bringen

Die Untersuchung zeigt laut DStGB auch, dass die Corona-Pandemie der Digitalisierung in den Kommunen einen Schub verliehen hat. In acht von zehn Städten und Gemeinden habe die Situation deutliche Auswirkungen auf die Arbeitsweise gehabt, rund drei Viertel bestätigten, dass die Veränderungsbereitschaft und die Akzeptanz gegenüber digitalen Lösungen deutlich gestiegen sind. „Jetzt muss es darum gehen, diesen Schwung mitzunehmen und funktionierende Digitalstrategien flächendeckend in den Kommunen zu etablieren“, erklärt Professor Volker Wittpahl, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Innovation und Technik (iit). „Derzeit hat knapp die Hälfte der Städte und Gemeinden immer noch keine umfassende Strategie, wie sie dieses Thema angehen wollen.“ Während neun von zehn Kommunen den Nutzen der Digitalisierung als hoch oder sehr hoch einschätzen, fühlt sich laut Zukunftsradar nur jede zweite ausreichend auf die damit verbundenen Aufgaben vorbereitet. Dringenden Handlungsbedarf sehen sie vor allem beim Personal. Knapp die Hälfte schätzt die Situation als schlecht oder sehr schlecht ein. Gleichzeitig sehen 80 Prozent der befragten Kommunen einen hohen oder sehr hohen Finanzierungsbedarf für den digitalen Umbau.

Know-how-Transfer gefragt

„Durch die rasch fortschreitende Digitalisierung wachsen auch die Anforderungen der Bevölkerung und der Wirtschaft kontinuierlich“, sagt Gerd Landsberg. „Damit steigen die Bedarfe in den Kommunen und es ist klar, dass wir kontinuierlich wachsende Ressourcen brauchen, um bei der Digitalisierung wirklich voranzukommen.“

Laut der Untersuchung besteht außerdem der Wunsch, sich stärker interkommunal auszutauschen und zusammenzuarbeiten. Der Know-how-Transfer sollte aus Sicht der Befragten in Zukunft eine stärkere Rolle bei der Konzeption einer beschleunigten digitalen Transformation einnehmen. „Sowohl in personeller als auch in finanzieller Hinsicht haben wir da deutlichen Nachholbedarf und brauchen Unterstützung von Bund und Ländern“, sagen Landsberg und Wittpahl abschließend.

(ve)

[Zukunftsradar Digitale Kommune zum Download \(PDF; 6,4 MB\)](#)

Stichwörter: Politik, Studie, DStGB, Institut für Innovation und Technik (iit)